

„Freiheit für Palästina und Rojava“, Kundgebung in München, 18.07.14

### **Solidarität mit Palästina – Stoppt den Krieg gegen Gaza!**

Palästinenser sind keine „Terroristen“! Israelis die für Frieden und gegen Krieg oder Rassismus demonstrieren sind keine „Landesverräter“!

*Am 12. Juni 2014, wurden drei israelische Jugendliche entführt. Der Schuldige war trotz fehlender Beweise und ohne Spur der Entführten schnell gefunden: Die Hamas. Angeheizt durch Regierung und Medien begann eine Welle an Rassismus und Hass Israel zu erschüttern. Es fanden gewaltsame Übergriffe statt, parallel dazu kam es zu großangelegten Polizeiaktionen. Städte wurden im Westjordanland von israelischen Sicherheitskräften hermetisch abgeriegelt, hunderte PalästinenserInnen verhaftet. Die israelische Luftwaffe bombardiert Stützpunkte der Hamas im Gazastreifen, fordert weitere Militäraktionen und einen „tödlichen Schlag“. Die Hamas und auch andere palästinensische Organisationen feuerten Raketen auf israelische Ziele ab. Am 2. Juli wurde ein palästinensischer Jugendlicher ermordet. Wir verurteilen die Ermordung der drei israelischen Jugendlichen genauso, wie die Ermordung des palästinensischen Jungens – wir verurteilen die skrupellose Instrumentalisierung dieser toten Jugendlichen für rassistischen Fanatismus! Im Westjordanland und in Israel kam es zu palästinensischen Demonstrationen, israelischen Sicherheitskräfte gingen brutal dagegen vor. Vor bereits mehreren Tagen begann Israel die Luftangriffe verstärken und gleichzeitig Bodentruppen in der Nähe zum Gazastreifen zusammenzuziehen. Heute wurde erst vor wenigen Stunden durch Israels Ministerpräsident Netanjahu die bereits geplante Bodenoffensive gegen den Gazastreifen angeordnet. Ein Akt der das Leid der palästinensischen Bevölkerung noch vergrößert und noch mehr Tote fordert.*

Bereits vor mehreren Wochen kam es zu einer historischen Einigung zwischen den zwei größten palästinensischen Organisationen Fatah und Hamas. Zuvor hatten sich beide Parteien hart bekämpft, es kam zu regelmäßigen Auseinandersetzungen. Nun einigten man sich darauf eine gemeinsame Regierung zu bilden. Eine Einigung der einflussreichsten politischen Akteure in Palästina fürchtet die israelische Regierung zurecht. Denn eine geeinte und starke palästinensische Nationalbewegung, die sich nicht untereinander bekämpft sondern geschlossen die Gründung eines palästinensischen Staates erkämpft, lässt sich nur schwer aufhalten. Israel stellt die Fatah nun vor die unfreie Wahl entweder weiterhin mit der Hamas die neue Expertenregierung an parteilosen Palästinensern zu unterstützen, womit die eher sporadischen Friedensgespräche von israelischer Seite nicht mehr weitergeführt werden oder sich passiv zu verhalten und so die Einheitsregierung zunichte zu machen. Israel bedient sich außerdem die Möglichkeit die Hamas durch Militäraktionen entscheidend zu schwächen.

In der Betrachtung des Nahostkonfliktes wird oft ins Feld geführt, dass die Bekämpfung der Hamas ein Kampf gegen eine islamistische Organisation ist, die bei weitem keine progressiven Inhalte vertritt. Dass diese Organisation unabhängig davon jedoch eine relevante Rolle innerhalb der palästinensischen Gesellschaft spielt und eine politische Einigung gegen Krieg und Unterdrückung nur unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte eine Perspektive hat, wird gerne übersehen. Der israelischen Regierung geht es nicht um freiheitliche Kritik an einer regressiven Organisation wie der Hamas, schließlich benützt sich ihre Herrschaft aller Mittel, mit denen sie ihre Interessen absichern können. Wenn der israelische Staat der Hamas Islamismus und Antisemitismus ankreidet, so ist das heuchlerisch, da parallel dazu durch Luftschläge und diplomatische Unterstützung die Muslimbrüder und Islamisten wie die ISIS in Syrien unterstützt werden oder der Putsch in

der Ukraine gutgeheißen wird. In der Ukraine unterstützt die israelische Regierung eine Politik, durch welche nun antisemitische Faschisten in der neuen ukrainischen Regierung sitzen und so jüdische Gemeinden zur Flucht aus dem Land aufrufen müssen. Nein, die ideologische Ausrichtung der Hamas interessiert Israel nicht.

Das Ziel der erneuten Aggression gegen den Gazastreifen ist die Spaltung der Palästinenser und die Förderung von Rassismus und Hass innerhalb der israelischen Gesellschaft. Denn entgegen der Darstellungen hierzulande ist die israelische Gesellschaft kein homogener Block. Natürlich gibt es unterschiedliche Ansichten und Klassenunterschiede, die soziale Situation in Israel ist dramatisch, Arbeitslosigkeit und Existenzängste sind präsenter denn je und viele Menschen haben die Politik der Regierung satt, erleben und verstehen welche Missstände dieses System hervorbringt. Auch die Regierung selbst steckt in einer Krise, drohende Meinungsverschiedenheiten zwischen Nationalreligiösen, Rechtsradikalen und Konservativen lassen die Koalition unter Führung der seit den letzten Wahlen geschwächten Likud erheblich bröckeln. So verließ erst vor wenigen Tagen die rechtsradikale Partei Jisra'el Beitenu unter Führung von Außenminister Avigdor Lieberman die Koalition, auch wenn sie noch vorerst in der derzeitigen Regierung verbleibt. Die derzeitige Situation innerhalb der israelischen Regierung könnte sich durchaus in eine noch tiefere Krise ausweiten.

Gegen den Krieg gibt es Widerstand: Neben Wehrdienstverweigerern, die es ablehnen „in der Besatzungsarmee zu dienen“ gibt es eine durchaus große Friedensbewegung, die ein Ende von Krieg und Rassismus fordert. Die dominierenden Kräfte hierbei bilden das sozialistische Parteienbündnis Hadash und die in diesem agierende Israelische Kommunistische Partei. Beide Organisationen sind die einzigen Parteien in Israel, in denen Juden und Araber gemeinsam für ihre Rechte eintreten und zusammen kämpfen. Gegen solidarisches Miteinander und gemeinsames Eintreten für gleiche Rechte schürt die israelische Regierung Hass und Rassismus. Wer gegen Drohgebärden oder den Rassismus ankämpft und diese kritisiert, sei ein „Verräter“.

Aus der Deutschen Geschichte wollen und können unsere Kriegstreiber nichts lernen. Die Deutsche Kriegsindustrie trägt historische Blut an ihren Händen, hat an Judenverfolgung verdient, hat an Angriffskriegen, Flucht und Terror verdient. Jetzt verdient sie an deutschen Waffenexporten für den israelischen Angriff. Es ist Verantwortung und Pflicht sich gegen imperialistische Aggression zur Wehr zu setzen.

Wir fordern den Stopp deutscher Waffenexporte nach Israel und die sofortige Einstellung der israelischen Aggressionen gegen den Gazastreifen!  
Freiheit für Palästina! Hoch die Internationale Solidarität!

**SDAJ München**